



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

561 (10.12.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194776](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194776)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.10 für den Postboten u. Einschlagung
sonst 1.20 — Postbezugspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.10 für den Postboten u. Einschlagung
sonst 1.20 — Fernbezug: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.10 für den Postboten u. Einschlagung
sonst 1.20 — Fernbezug: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.10 für den Postboten u. Einschlagung
sonst 1.20

Bayerische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.10 für den Postboten u. Einschlagung
sonst 1.20 — Postbezugspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.10 für den Postboten u. Einschlagung
sonst 1.20 — Fernbezug: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1.10 für den Postboten u. Einschlagung
sonst 1.20

Ablehnende Antworten.

Berlin, 10. Dez. (Von unfr. Berl. Büro.) Voraussetzlich werden der Entente schon heute zwei weitere deutsche Antwortnoten übergeben werden, die eine handelt von der Ablehnung in Oberschlesien und wird den von uns bereits angebotenen Inhalt haben, d. h. der Vorschlag Lloyd Georges wird abgelehnt werden, weil er in keiner Weise den Bestimmungen des Friedensvertrags entspricht. Ebenso wird die deutsche Regierung sich ablehnend zu den Forderungen der Rheinlandsnotestellen. Die deutsche Regierung wird die Auffassung vertreten, daß der Anspruch der Entente, die deutschen Ministerreden im besetzten Gebiet zuvor anzumelden, in den Bestimmungen des Friedensvertrags keine Begründung findet.

ATH. Paris, 10. Dez. (Priv.-Tel.) Der heutige Leitartikel des "Progress" legt den französischen Standpunkt zu der oberschlesischen Frage dar: Sollte Polen bei der Abstimmlung sitzen, würde sofort eine Abwanderung des deutschen Kapitals und damit der Arbeitskräfte nach Deutschland erfolgen. Die Polen würden mit Oberschlesien nur ihren eigenen Bedarf decken, aber jede Zukunft der Provinz zu einer unerschöpflichen machen. Die Franzosen fordern im heutigen und künftigen Interesse Europas den größtmöglichen wirtschaftlichen Aufschwung Oberschlesiens.

Südafrika und Deutschland.

JPU. London, 9. Dez. Vor einiger Zeit ist eine Burenabordnung zu General Smuts gegangen und hat diesen über die Notlage der Farmer aufgeklärt. Die Abordnung verlangte von der Regierung, daß diese die Wille zu 10 bis 15 d per lb kaufen sollte und den Farmern die Kaufzettel sofort auszuliefern. General Smuts erklärte, die Regierung könne diesen Weg nicht beschreiten. Für den Absatz der großen Wollvorräte komme allein Deutschland in Frage. Die Regierung habe gehört, daß die Fabriken in Deutschland wieder arbeiteten, so daß dort auch wieder Rohmaterial gebraucht wird. Deshalb sei eine Regierungsmission nach Deutschland gesandt worden, um mit der deutschen Regierung zu verhandeln, ob diese die südafrikanische Wolle gegen andere Produkte, die Deutschland liefern kann, in Kauf nehmen will. General Smuts fügte hinzu, daß er damit bereits rechnen, daß diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen und Deutschland nicht allein die alten Wollvorräte, sondern auch die neuen Ernten regelmäßig abnehmen werde.

Die Rückgabe von beschlagnahmten italienischen Eigentümern. Berlin, 9. Dez. (WB.) Die einer Zuschrift an die Postzeitung (Nr. 591) aus Rom vom 3. 12. aufgestellte Behauptung, daß bei der Rückgabe von beschlagnahmten italienischen Eigentümern von deutscher Seite Schwierigkeiten gemacht würden und daß von den in Betracht kommenden Werten bis jetzt so gut wie nichts restituirt worden sei, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Durch die Verordnung vom 11. 1. 1920 hat die Reichsregierung sämtliche außerordentlichen Kreisverordnungen aufgehoben. Dementsprechend werden den italienischen Berechtigten die verfallenen oder beauftragten Vermögensgegenstände in jedem Falle unverzüglich freigegeben. In rund 65 Prozent aller Fälle ist die Aufhebung der Vermögensverwaltung oder Aufsicht über die Vermögen italienischer Staatsangehöriger angeordnet und die betreffenden Vermögensgegenstände bereits zurückerstattet worden. Ebenso haben die Treuhänder für fremdes Vermögen bereits etwa 50 Prozent der von ihnen in Verwaltung genommenen Wertpapiere, Derivate usw. italienischer Staatsangehöriger im Betrage von 15 000 000 Mt. und den größten Teil des Barvermögens freigegeben. Inwendige Schwierigkeiten werden von deutscher Seite nicht gemacht.

Die Verfolgung der Selbstschutzzorganisationen.

Die deutsche Note an die Entente.

Berlin, 9. Dez. (WB.) Dem Vorsitzenden der allierten militärischen Kontrollkommission General Kollat ist heute eine Note über die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzzorganisationen übergeben worden. In der Note wird zunächst ausgeführt, daß nach Ansicht der deutschen Regierung die Auflösung der Selbstschutzzorganisationen, die keinen militärischen Charakter haben, nicht verlangt werden kann. Die deutsche Regierung habe eine vollständige Verpflichtung dazu niemals anerkannt. Sie habe auch jetzt noch auf dem Standpunkte, daß eine solche Verpflichtung aus dem Friedensvertrage nicht hergeleitet werden kann. Die Frage des Bestehens oder der Auflösung der Selbstschutzzorganisationen müsse als innere Angelegenheit betrachtet werden. Dabei wird bemerkt, daß in Bremen bestehende Bremer Stadtwehr, die in der Note der Kontrollkommission vom 12. Dezember besonders erwähnt wurde, keine Ausnahme einnimmt. Die Selbstschutzzorganisationen seien selbstverständlich nur vorübergehende Einrichtungen für Zeiten, wo die Staatsgewalt infolge von außergewöhnlichen Umständen ihrer Aufgabe nicht überall gewachsen ist. Nur solange diese anomalen Zustände dauern, können die Selbstschutzzorganisationen bestehen. Das höchste Interesse des Staats dränge dazu, ein Ausflusmittel, sobald wie möglich, entbehrllich zu machen.

Was dagegen die Entwaffnung der Einwohnerarmee durch die Ablegerung der in ihren Händen befindlichen schweren Waffen betrifft, so handelt es sich hier um eine von Deutschland in Spa übernommene Verpflichtung, deren Erfüllung sich die deutsche Regierung mit allen Mitteln anzuwenden sieht. Die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten wären jedoch verschieden. Im ganzen Reiche die Ablegerung der schweren Waffen der Selbstschutzzorganisationen beendet. Die leichten Waffen würden im allgemeinen Ende Januar eingezogen. Im Laufe des Februar

werde die Entwaffnung der Selbstschutzzorganisationen mit Ausnahme der bayerischen und ostpreussischen Bevölkerung durchgeführt sein. In Bayern und Ostpreußen hätten es besondere Verhältnisse nicht gestattet, mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen. In Bayern stehe die Bevölkerung noch völlig unter den Ereignissen des Frühjahrs 1919, zu welcher Zeit in Bayern eine Räuberherrschaft nach bolschewistischem Muster aufgerichtet worden war. Um der Wiederkehr ähnlicher Zustände vorzubeugen, bildeten sich nunmehr im ganzen Lande Einwohnerwehren. Sie bestehen aus Angehörigen aller staatsverhaltenden Parteien und allen Bevölkerungsschichten und tragen keinerlei militärischen Charakter. Die im Entwaffnungsgesetz vorgeschriebene freiwillige Abgabe habe in Bayern und Ostpreußen ein unangenehmes Ergebnis gehabt, als im ganzen übrigen Reiche. Die abgelieferten Waffen stammten überdies zum Teil von den Einwohnerwehren. Im April 1919 hätten sich aber die Auführer bei der Erfassung der Münchner Kasernen großer Waffenvorräte bemächtigt, von denen die allmähliche militärische Ausrüstung der Stadt später nur einen kleinen Teil wieder zutage fördern konnte. Es stehe also fest, daß sich noch eine beträchtliche Menge von Waffen in den Händen der ordnungsfeindlichen Elemente befänden. Die deutsche Regierung stehe vor der zwingenden Notwendigkeit, diesen Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen. Sie denke jedoch nicht daran, sich den in Spa übernommenen Verpflichtungen zu entziehen; werde jedoch mit möglichster Beschleunigung neue Maßnahmen treffen, um die geraubten Waffen ausfindig zu machen und so die Voraussetzung auch für die Entwaffnung der Einwohnerwehren zu schaffen. Eine Erstreckung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes vom 7. November 1920 werde aber hierbei nicht zu umgehen sein.

Die Lage in Ostpreußen, die eine frühere Note an die Botschafterkonferenz eingehend dargelegt habe, habe sich seitdem nicht verändert. Angesichts der sich in unmittelbarer Nähe abspielenden kriegerischen Ereignisse und der Ueberstufung der Grenzgebiete durch übertretende polnische und russische Heeresabteilungen habe die Bevölkerung der Provinz tiefe Beunruhigung und Besorgnis um Leben und Eigentum ergriffen. Es müßte ihnen die Möglichkeit gewahrt werden, die nach ihrer Ansicht unzureichenden Nachmitteln des Staates im äußersten Notfall aus eigener Kraft zu ergänzen. Die deutsche Regierung halte zugesagt, die Organisationen aufzulösen, sobald der Frieden zwischen Rußland und Polen geschlossen sei. Die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Kriegszustandes sei jedoch durch die Ereignisse der jüngsten Zeit zerrigert worden. Durch die in den letzten Tagen durch die Blätter gegangene Nachricht über einen neuen Aufmarsch der Sowjetarmee an der litauischen Grenze wurde die Sorge der Bevölkerung von neuem lebendig. So müßte befürchtet werden, daß es notwendig werden kann, alle in der Provinz vorhandenen Waffen und Postwehrgeschäfte zur Abwehrung der Neutralität an die Grenze zu werfen und das Innere des Landes von jedem Schutze zu entblößen. Die Schwierigkeiten, die einem Heranziehen von Verstärkungen aus anderen Landesstellen entgegenstehen, sind der Bevölkerung bekannt. Der weltweite größte Teil der Bevölkerung sieht in der von dem Oberpräsidenten der Provinz geschaffenen Organisation die einzige Möglichkeit, sich im Falle des Aufkommens der Gefahr vor dem Feinde zu schützen. So lange die Entwaffnung der Bevölkerung noch beherrschend scheint, ist nicht anzunehmen, die Waffen einzuziehen und zu vernichten; die zur Vernichtung der etwa einzuwerbenden Wehrmänner bereit gehalten werden. Es besteht zwar die Absicht, die Entwaffnung der ostpreussischen Ortswehr nach Möglichkeit im Rahmen der allgemeinen Entwaffnungsvorgänge durchzuführen; es muß aber mit der Möglichkeit einer Verzögerung gerechnet werden.

Die deutsche Regierung sei sich des Ernstes dieses Entschlusses wohlbewußt; wolle aber darauf hin, daß die Entwaffnung der Bevölkerung, wie sie im Protokoll von Spa verhandelt werde, in weitausgehender in der nächsten Zeit beendet sein wird und daß die für Bayern und Ostpreußen neuartigen Vorbehalte im Vergleich damit bedeutungslos sind und militärisch nichts als bedrohlich anzu sehen werden können. Sie vertraue darauf, daß auch die öffentlichen Meinungen sich bei der Prüfung dessen, was zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen erforderlich ist und was noch zu geschehen hat, dem Gewicht der vorerwähnten Gründe nicht verschließen wird, die für das weitere Vorgehen der deutschen Regierung zwingend bestimmen müssen.

Neue Aktionen.

München, 10. Dez. (Priv.-Tel.) Unter den Arbeitern in Bayern wird, nach dem Bayerischen Kurier in den letzten Tagen wieder lebhaft Propaganda gemacht für eine Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen. Es wird den Leuten vorgemacht, daß dazu sämtliche lebenswichtigen Betriebe stillgelegt werden müssen. Die Aktion soll in ganz Deutschland entfacht und die Stimmung dazu durch die Vertrauensleute der Betriebsräte in den Betrieben erzeugt werden. Man träumt von nahe bevorstehenden Umständen im Ruhrgebiet, in Sachsen und in Ostpreußen und hofft, daß die revolutionäre Lawine von dort aus sich über ganz Deutschland erstrecken wird.

Der Krieg im Osten.

General Machnow.

Moskau, 9. Dezbr. (WB.) Nach einer Mitteilung der Sowjetregierung vom 8. Dezember hatte sich General Machnow kurz vor der Vernichtung Wrangels mit seiner Bande von 20 000 Mann der Sowjetregierung zum Kampfe gegen Wrangel zur Verfügung gestellt. Die Angehörigen Machnows führen aber auch nach der Vernichtung Wrangels fort, die Einwohner auszulündern. Sie organisierten Aufstände der Großbauern und anderer Elemente gegen die Sowjetmacht. Der Revolutionsrat der Sowjetführung befahl daher, die Armees Machnow in einen gewöhnlichen Truppenteil um-

zubilden. Nach dieser Umwidmung erhielt Machnow den Befehl, sich nach dem Kaukasus zu begeben. Anstatt diesem Befehle nachzukommen, begann Machnow feindselige Aktionen gegen die Sowjetmacht, so daß gegen Machnow vorgegangen werden mußte. Gegenwärtig sind Machnows Hauptkräfte größtenteils geschlagen und sein ganzes Material erbeutet.

Kowno, 9. Dez. (WB.) Die P. T. A. teilt mit: Gestern überschritten die Polen die Demarkationslinie und plünderten die Stadt Oranp. Am Abend gingen die Polen wieder zurück und versuchten später Perloje einzunehmen. Sie wurden zurückgewiesen.

Friede zwischen Armenien und den Kemalisten.

Konstantinopel, 9. Dez. (WB.) Nach einer Havasmeldung aus Angora soll der Friedensvertrag zwischen Armenien und den Kemalisten in der Nacht vom 2. zum 3. Dez. in Alexandropol unterzeichnet worden sein. Mit Ausnahme von 1500 Gewehren, 20 Maschinengewehren und 3 Kanonen ist alles Kriegsmaterial an die Türkei abgeliefert worden.

König Konstantins Heimkehr.

ATH. Athen, 10. Dez. (Priv.-Tel.) Der englische Botschafter Lord Stanville hat der griechischen Regierung eine Note überreicht, in der die Zurückkehrung der zugelaszten Anteile in Höhe von 400 Millionen Drachmen mitgeteilt wird. Die serbische Regierung will sich dem Vorgehen Englands anschließen.

Irlands Freiheitskampf.

c. Basel, 10. Dez. (Priv.-Tel.) Reuter meldet aus London: Nach einer amtlichen Meldung bessert sich die Lage in Irland täglich. In der Zeit vom 4. bis 9. Dezember sind nur mehr 3 Zusammenstöße zwischen irischen Sinnfeinern und der britischen Militärpolizei erfolgt.

Die Beamtenforderungen.

Die Forderungen der Regierungsparteien angenommen.

Der Reichstag hat sich gestern mit der Vorlage und den Anträgen zur Beamtenbesoldung befaßt. Aus früheren Mitteilungen ist bekannt, nach welcher Richtung hin sich die Vorschläge der Regierung und der Parteien bewegen. Es war bisher nicht gelungen, eine Mehrheit des Reichstages für die Vorschläge, die der Hauptausfluß dem Plenum unterbreitete, zu finden. Deutschnationale sowohl wie die Mehrheitssozialisten wollten über diese Vorschläge hinausgehen, indem eine Erhöhung der Teuerungszulagen von 50 auf 60 % des Grundgehaltes beantragt war. Der Reichsfinanzminister hat bekanntlich erklärt, daß es ihm unmöglich sei, auf diesen Boden zu treten. In der Presse wurde schon von einer Gesamtregulierung geredet. Die Regierungsparteien sind ebenfalls über die Beschlässe des Ausschusses noch hinausgegangen, indem sie dem Reichstag eine Entschärfung unterbreiteten, wonach den Beamten der Unterschied in den Bezügen zwischen der alten Ortsklasseneinteilung und der neuen noch nicht ganz fertiggestellten Ortsklasseneinteilung schon jetzt vor Weihnachten zugute kommen soll. Die neue Ortsklasseneinteilung soll bekanntlich rückwirkende Kraft vom 1. April d. J. an haben. Die Beamten sollen auf diese Weise schon jetzt in den Genuss der höheren Bezüge kommen. Für viele Hunderttausende von Beamten wäre das eine merkwürdige Aufbesserung.

Die gestrigen Beratungen haben damit geendet, daß dieser letztere Antrag angenommen worden ist, während der mehrheitssozialdemokratische Antrag und ebenso der der Deutschnationalen abgelehnt worden ist.

Die große Frage ist nun, ob die Beamten sich mit diesen Zugeständnissen begnügen oder es zum Äußersten kommen lassen werden. Mit ziemlicher Einhelligkeit fordern, wie uns telegraphisch berichtet wird, die Berliner Blätter aller Richtungen die Beamten auf, auf den Boden der Reichstagsbeschlässe zu treten und sich nicht fortziehen zu lassen. Es wird in der Deutschen Allgemeinen Zeitung ihnen klar zu machen gesucht, daß das, was ihnen jetzt bewilligt sei, unter Berücksichtigung der Finanzlage das Höchstmögliche darstelle. Selbst das Berliner Tageblatt, das die große Notlage der Beamten zugibt, hebt hervor, daß die katastrophale Finanzlage des Reichs und der Einzelstaaten verbiete, mehr zu geben, als gestern beschlossen worden. Der "Vorwärts" endlich vertritt die Ansicht, daß ein Beamtenstreik unserem schwer erkrankten Wirtschaftskörper den Todesstoß verfehen müsse, sollten daher die gestern bewilligten Maßnahmen die Not der Beamten nicht lindern, so müßten schleunigst Verhandlungen zur weiteren Hilfsaktion eingeleitet werden.

Heute tritt übrigens in Berlin der Deutsche Beamtenbund zu einer Sitzung zusammen, um zu der Annahme der Regierungsvorlage im Reichstag Stellung zu nehmen.

Die Bewegung in der Postbeamtenschaft.

Mannheim, 9. Dez. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses der vereinigten Postverbände Herr Postsekretär Bach hat mit Rücksicht auf die gesteigerte Erregung innerhalb der Postbeamtenschaft, die die Gefahr eines neuen Teilstreiks in sich birgt, sein Amt zur Verfügung die Streiklust der Postbeamten politisch auszunutzen. V. gestellt. Nicht unerwähnt bleibe, daß Kräfte bemüht sind, Abbruch der Verhandlungen im Essener Eisenbahndirektions-

Best. IBD. Essen-Ruhr, 9. Dez. Der Beamtenrat der Eisenbahndirektion Essen, bestehend aus 70 Vertretern von rund 30 000 organisierten Beamten, hat am Dienstag und Mittwoch im Direktionsgebäude in Essen Verhandlungen mit dem Eisenbahndirektionspräsidenten gepflogen. Die Beamten erklärten, daß sie, um den Dienst in gewohnter Weise fortführen zu können, einen Vorstoß von 500 M für Ledige und von 1000 M für Verheiratete beanspruchen müßten. Der Präsident, der zunächst Instruktionen bei der Regierung eingeholt hat, erklärte sich namens derselben bereit, den Verheirateten einen Zuschuß von 200 M auf das erhöhte Renten-

geld auszahlen zu lassen. Darüber hinausgehend habe er seine Befugnisse. Die Verhandlungen wurden daraufhin als zwecklos abgebrochen.

IBD. Essen-Ruhr, 9. Dez. Entschieden an die Verhandlungen mit dem Eisenbahndirektionspräsidenten fandte der Beamtentrat an den Reichsfinanzminister, an den Verkehrsminister und an den Reichstag folgende Dringung:

Nach viertägigen Verhandlungen des Bezirksbeamtentrats mit der Direktion Essen am 7. und 8. Dezember über sofortige Auszahlung eines Vorkusses von 500 und 1000 K sind Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Direktion erklärt sich bereit, 200 K Zuschuß auf die erhöhte Kinderzulage zu zahlen, was jedoch von mehr als 70 Vertretern der 30 000 Beamten als nicht ausreichend angesehen wird. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist aus Ernährungsgründen gefährdet und lehnt Beamtentrat jede Verantwortung für die Folgen ab.

Deutscher Reichstag.
(Schluß.)

W. B. Berlin, 9. Dezember.

Finanzminister Dr. Wirth bestritt, daß die Regierung schuld an der Verzögerung trage. Wir mußten uns erst mit den Vätern einig sein. Wir haben das Sperrgesetz erlassen und das hat zu den leidenschaftlichsten Protesten der Beamtenschaft, namentlich in Bayern geführt. Das Reich kann nicht von heute auf morgen einen Schritt von unübersehbarer Tragweite tun, der auch die Städte und Gemeinden verpflichtet. Auch der preussische Finanzminister hat erklärt, er könne die Aufhebung nur vornehmen, wenn ihm das Reich die Mittel dazu gebe. Wir haben uns pflichtgemäß an den Reichstag gewandt. Die Finanzminister der Länder haben einstimmig erklärt, sie hätten keine Mittel zu zahlen. Glauben Sie, daß ein Beschluß des Reichstages diese Mittel schafft? Jeder neue Antrag verzögert nur die Auszahlung. Die Regierung ist jedoch bereit, mit Rücksicht auf die Notlage der Beamtenschaft Koordination zu treffen, daß alle Beamte die am 1. Januar fälligen Dienstbezüge jedenfalls noch vor Weihnachten ausgezahlt erhalten. Die meisten Anträge sind aus finanziellen Gründen unannehmbar. Dem Kampfsportler des Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei wollen wir insofern entgegenkommen, als wir beim Reichstag durchsetzen wollen, daß bei den Dingen, deren Neuinstellung in Ostpreußen ungewissheit besteht, die höheren Zuschläge gestrichelt werden sollen. Im übrigen hält die Regierung an ihrer Haltung fest. In Regierungsstreifen hat keine Absicht bestanden, das deutsche Volk noch vor Weihnachten in eine Krise zu stürzen. Das überflüssig wie der Rechte.

Hg. Morath (D. Vpt.): Es wäre besser gewesen, keine politische Frage aus dieser Sache zu machen. Der sozialdemokratische Antrag ist unpraktisch. Wenn es den Beamten heute so schlecht geht, tragen diejenigen die Schuld daran, die einstimmig die Forderungen der Arbeiter wieder und wieder erfüllt haben. Der Antrag der Reichskommunisten entspricht auch unseren Wünschen. Seine Annahme würde aber die Auszahlung vor Weihnachten unmöglich machen. Deshalb lehnen wir diesen ab.

Hg. Braunig (U.S.): 10 000 Mark Zulage sind durchaus möglich. Seit der Vorwegzahlung der Januarbezüge ist niemand gebunden. Der Hg. Herzog will eine willkürliche Beamtenschaft. Die Beamtenschaft ist frei und wird frei bleiben. Dabei will ich nicht unterlassen, zu betonen, daß unser Antrag noch weit hinter der Forderung der Leistung zurückbleibt. Alle übrigen Anträge lehnen wir ab.

Hg. Dellus (Dem.): Die Notlage der Beamtenschaft ist letzten Endes auf die schlechte Bezahlung unter dem früheren Regime zurückzuführen. Vielleicht wäre eine Stillstellung der Leistungszulagen besser gewesen als ein fester Gehalt. Nachdem aber im Reichstag keine Einigung zu erzielen war, handelt es sich um eine schnelle Hilfe in den erreichbaren Grenzen. Gerade der preussische sozialdemokratische Finanzminister Wilmann trägt die Schuld an der ablehnenden Haltung des Reichstages. Im übrigen geht die Vorlage in den meisten Fällen weiter als der deutsch-sozialistische Antrag. Die Forderungen der Unabhängigen sind angesichts der Finanznot des Reiches unerfüllbar. Der Richter ermahnt die Beamtenschaft, daß sie auf Gehalt und Gehalt mit der Regierung verhandelt sei und sich deshalb nicht durch ungeliebte Führer verführen lasse. Als der Richter die Tätigkeit der Besoldungskommission rühmend erwähnt, ermahnt von der Tribüne lärmende Zwischenspieler. Abgeordneter Dr. Ball droht, die Tribünen räumen zu lassen, wenn sich derartige Zwischenfälle wiederholen sollten.

Hg. Mattner (Kommunist): Wenn die Regierung den guten Willen hat, kann sie auch die Wünsche der Beamten erfüllen. Deshalb geht die Regierung nicht davon aus, auch für die Beamtenschaft ein Existenzminimum festzusetzen. Die Beamten haben das gleiche Recht wie die Arbeiter. Das Streikverbot muß die Beamtenschaft verbittern. (Widerstand rechts und in der Mitte.) Man sollte das gesamte Hohenollernvermögen konfiszieren. Die Regierung ist aber der größte Schieber. (Große Unruhe. Der Richter wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) Die Beamtenschaft, die Arbeiter, die Betriebsräte und die Regierung sollten zusammenkommen und eine richtige Besoldungsreform zusammenbringen. Hier kann nur der Kommunismus helfen.

Hg. Doyer (D. Vpt.): Wir halten es für eine Hauptaufgabe, die Reichsbesoldungsordnung einmal gründlich zu überprüfen. **Präsident** Finanzminister Wilmann erklärt, daß er sich weder für noch gegen eine Forderung der Beamten im Ausschusse ausgesprochen habe. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß das Reich den Ländern beim Tragen der neuen Lasten beihilflos sein muß, falls über eine Regierungsvorlage hinausgegangen werden muß.

Hg. Herzog (D. Vpt.): In solcher Notlage muß ein Beamter einen Vorschlag als wirkliche Gehaltszahlung auffassen. Eiserne Sparsamkeit auf allen Gebieten des Lebens, nicht aber eiserne Sparsamkeit gegenüber der Beamtenschaft (Zuruf: Hast Du Dir über verstanden!) Als der Richter betont, daß er mit dem ganzen Ernst der Verantwortung seiner Partei zur Reife gesprochen habe, erwidert schallende Heiterkeit. Die Regierung sollte erklären, ob sie die Verantwortung für die Unannehmlichkeiten der deutsch-nationalen oder sozialdemokratischen Anträge tragen kann oder nicht. Erklärt sie unseren Antrag für unannehmbar, umso besser für die Beamtenschaft. **Reichsfinanzminister Dr. Wirth:** Hg. Herzog hat den Unterhändlungsstand damit trüffelt, daß er sagte, das Verhalten der Regierung zur Beamtenschaft in Besoldungsfragen der Verantwortung habe die Beamtenschaft schuldig gemacht. (Zuruf: Das hat er nicht gesagt!) Das Ostpreußenvermögen ist bereits ausdrücklich vor, daß die Reueindeckerung der Kreisstellen erst zum Oktober erfolgen könnte. Dem haben wir entsprochen. Die Vorauszahlung der Gehälter entspricht einem Wünsche der Handelskammer. Zu dem Antrag der deutsch-nationalen konnte ich nicht vorher Stellung nehmen, weil er noch nicht vorlag. Ich kann jetzt aber erklären, daß sowohl dieser wie der sozialdemokratische Antrag für die Regierung nicht annehmbar sind.

Hg. Bauer (Soz.): Der Ruf nach Sparsamkeit erwidert und der Sozialdemokratie wird vorgeworfen, sie habe die Beamtenschaft und all die neuen Ministerien geschaffen. Bis auf das Aufbaue und Wirtschaftministerium sind die Ministerien nach auf das Kaiserliche Deutschland zurückzuführen. Wir Sozialdemokraten haben Deutschland vor dem Volkswirtschaftlichen Verfall und Deutschland vor dem Chaos gerettet, nicht Sie (nach rechts), die der Welt den Remeis Ihrer Unfähigkeit erbracht haben. Erst die Revolution hat die Beamtenschaft frei gemacht. Die im Jahre 1917 angeordnete Erhöhung der Lohnmassen ist an dem Widerstand des damaligen preussischen Finanzministers gescheitert.

Hg. Dr. Hölle (Soz.) erkennt die schließliche Arbeit des Besoldungsausschusses an. Es ist unabweisbares Material vor, dessen Verarbeiten die Zeit in Anspruch nehmen mußte.

Hg. Koyte (U.S.): Die Verdrängung der Arbeiter vor der Hand der Beamten ist unannehmbar. Ich grüße die Beamten, die sich endlich bewußt geworden sind, daß sie freie Menschen sind.

Hg. Dr. Wirth (U.S.) polemisiert ebenfalls gegen die Rechte, die dem Reichstag durch den Reichstag gegeben sind. Er ermahnt die Beamten, sich nicht durch die Unannehmlichkeiten der Beamten zu verführen lassen zu dürfen. Das Streikverbot ist in

der Weimarer Verfassung ausdrücklich verbürgt. Also ist das Streikverbot ein Verfassungsbegriff. Wir werden für den Antrag der Reichsbeamtenschaft nach einmaliger Ablehnung unserer Anträge stimmen.

Damit schließt die Debatte. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Frau Ziehl (U.S.), Alletto (Soz.) erfolgt die Abstimmung. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Abstimmungen wird der deutsch-nationaler Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt, desgleichen die sozialdemokratischen Anträge gegen die gesamte Mitte. Der Ausschuh Antrag zur Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der beiden unabhängigen Parteien und die Kommunisten angenommen. Die Anträge der Unabhängigen werden abgelehnt. Die Entschließung der Regierungsparteien, worin die Regierung ersucht wird, im Wege der Verordnung den Reichsfinanzminister zu ermächtigen, den Unterhändlungsbeitrag, der sich aus der Gegenüberstellung des bestehenden Ostpreußenvertrages und dem vorliegenden Entwurf eines neuen Ostpreußenvertrages ergibt, sofort zur Auszahlung zu bringen und dem Unterhändlungsstand der Reichsministerien ausreichende Mittel zur Milderung besonderer Notfälle der Beamten zuzuführen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Der Antrag der Unabhängigen gegen das Streikverbot der Beamten wird gegen die Mehrheit abgelehnt. Das Gesetz wird sodann in der Fassung der zweiten Lesung auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die Abkommen mit der Schweiz betreffend die Schweizer Geldbewilligung in Deutschland und gewisse Arten von Frankensforderungen an deutsche Schuldner. Ministerialdirektor Simson beantragt den Entwurf. Nach kurzen Ausführungen der Abg. Dr. Blund (Dem.), Korman (Kommunist), Dr. Weller (D. Vpt.) und Dr. Reichardt (U.S.) wird der Entwurf in erster und zweiter Lesung genehmigt, desgleichen auch in dritter Lesung.

Freitag mittag 12 Uhr Antrags-, unabhängige Interventionen über das Verbot des Beamtentrats, Haushalt des Ernährungsministeriums. Schluß gegen 8 Uhr.

Das Reichsnoteopfer.

Berlin, 9. Dez. (W. B.) Im Steuerauschuß des Reichstages stellt Reichsfinanzminister Dr. Wirth auf eine Anfrage hin mit, daß die Novelle zum Einkommensteuergesetz heute dem Reichstag vorgelegt werden soll. Da die Frist für die Beschlußfassung am 31. Dezember 1920 hinaus verlängert werden könnte, sei fraglich, ob er sich bereit, die Verhandlungen einzutreten. Die Grundzüge für die Verwirklichung in der Landwirtschaft wolle er der Entscheidung des Ausschusses unterbreiten. Der Vertreter des Reichsfinanzministers begründet, daß die Notlage eingehend und erkläre, sie beseitige die technischen Schwierigkeiten der Währungsstundung und ermittle den ursprünglichen Zweck des Reichsnoteopfers, der Papiergeldumlauf zu tun und die schwerende Schuld abzubauen. Währungsreform könne man mit einer schnellen Erhebung des Reichsnoteopfers weiter als mit einer Zwangsanleihe, bei deren einmaliger Mißerfolg der Kredit weiter sinken würde. Das wirksamste und schnellste Mittel sei die Annahme der Vorlage.

Berlin, 9. Dez. (W. B.) Der Vorkommis der Reichstages hielt nach der Plenarsitzung eine Sitzung ab, um noch einmal über die Geschäftsliste zu beraten. Man einigte sich dahin, außer den noch ausstehenden Einzelprojekten unbedeutend noch die Besoldungsfrage, die z. B. noch im Ausschusse behandelt wird, und den Reichstag vor Weihnachten zu erledigen. Wie bereits beschlossen, bleiben der 11. und 13. Sitzungstermin. Vom Dienstag ab werden die Sitzungen bis zum 18. 12. fortgesetzt. Nach den Weihnachtsferien wird das Haus wahrscheinlich am 11. 1. 21 zusammenzutreten.

Deutsche Werte U. G.

Berlin, 9. Dez. (W. B.) Amlich. In der Sitzung des Aufsichtsrates der Deutschen Werte U. G. am 7. Dezember sind folgende Beschlüsse gefaßt worden: Der Aufsichtsrat erkennt an, daß die Direktoren der Deutschen Werte U. G. den Vertrag mit Herrn Kahn in dem guten Glauben abgeschlossen hat, den Deutschen Werten zu nützen. Er hält den Vertrag nicht für vorteilhaft für die Deutschen Werte. Angesichts der Rechtelage und der von beiden Vertragspartnern anerkannten authentischen Interpretation, die den Vertrag wesentlich weniger ungünstig erscheinen läßt, sieht sich der Aufsichtsrat zu seiner Ausrechterhaltung veranlaßt. Im übrigen stellt der Aufsichtsrat fest, daß die Direktion ihre Pflicht voll erfüllt hat. Der Aufsichtsrat beschließt ferner, einen engeren Ausschuss von vier Mitgliedern unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers einzusetzen, der berechtigt ist, die Personalangelegenheiten endgültig zu regeln und über organisatorische Fragen Vorschläge zu machen. Der Aufsichtsrat bittet den Vorstand, bis auf weiteres die Geschäfte fortzuführen. Der engerer Ausschuss tritt bereits in diesen Tagen zusammen.

IBD. Bochum, 9. Dez. Der in den letzten Tagen als genannte Herr Kahn, der durch den famosen Vertrag mit den Deutschen Werten ein paar Dutzend Millionen auf Kosten des Reiches verdient hat, kommt, wie man dem Bochumer Anzeiger schreibt, aus Bochum. Vor dem Reize ein mittelalterlicher junger Kaufmann, hat er heute noch nicht Dreißigjährige verstanden, sich sowohl während des Krieges als auch nach der Revolution an die maßgebenden Persönlichkeiten heranzuführen und mit diesen Verträge abzuschließen, die einen reichen Geldstrom in seine Tasche leiteten. Bochum darf auf diesen Sohn in der Tat stolz sein.

Kabinettsreise in Oesterreich.

Wien, 9. Dez. (W. B.) Die Bundesversammlung wählte mit 129 von 214 Stimmen Dr. Michael Heinsich zum Bundespräsidenten. Auf 56 Stimmen entfielen 83 sozialdemokratische Stimmen. Der gewählte Bundespräsident gehört keiner Partei an. Er hat sich schriftstellerisch und praktisch auf national-ökonomischem und sozialpolitischem Gebiet betätigt. Er ist der Sohn der bekannten Wiener Frauenrechtlerin Marianna Heinsich. Der Präsident ist 60 Jahre alt.

mit. Wien, 9. Dez. (Brio-Teil.) Das Wahlergebnis und der damit zutage tretende Kampf der Parteien hat in Wien einen niederschmetternden Eindruck gemacht und Enttäuschung hervorgerufen. Wie verlautet, soll am Mittwoch Staatskanzler Dr. Mayer die Vertreter der Enschädigungskommission empfangen und ihnen erklären haben, daß er am heutigen Donnerstag mit dem gesamten Kabinet zur Untertreten und die Führung der Staatsgeschäfte der Reparationskommission überlassen wolle.

Deutsches Reich.

Sturmjahren in der Berliner Stadtratsversammlung.
Berlin, 10. Dez. (Bon uns. Berl. Büro.) In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtratsversammlung gab es wieder einmal regelrechte Sturmjahren. Ein kommunistischer Stadtrater, der in seinem Zivilverhältnis Magistratsratsarbeiter ist, ließ Sturm gegen die Berufsbeamten, von denen er kürzerhand erklärte, daß sie Schmarotzer seien. Die schreie Jurisdiktion der Moskauer Angriffe von bürokratischer Seite setzte dann große Tumulte ab. Schmarotzer sprachen hinüber und herüber und als der deutsch-nationaler Redner sprechen wollte, begannen die Radikalen, wie die Besessenen zu loben. Schmarotzer und Schieber waren noch Rosemorte. Endlich in der zehnten Stunde fand das häßliche Schauspiel ein Ende.

Der Schiedspruch im Bankgewerbe.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Laut B. L. A. ist gestern der Schiedspruch im Bankgewerbe gefaßt worden. Danach wird der Reichstaxtarif unter Abänderung der Einkommensziffern um 20 Prozent und Erhöhung der Verbe.ratetenzulage auf 3600 M. bis zum 30. 6. 21 verlängert.

Vom Reichsrat.

Berlin, 9. Dez. (W. B.) Der Reichsrat war in seiner heutigen Sitzung einverstanden mit der Bewilligung eines Jahresgeschenktes von 15) M. an hilfsbedürftige Teilnehmer an den Feldjügen von 1864, 1866 und 1870/71. Der Reichsrat erteilte ferner die Genehmigung zur neuen Verordnung über die Bewirtschaftung des Hafers. Nach der neuen Verordnung soll allen Hafer bauenden Landwirten nach Maßgabe ihrer Betriebsverhältnisse und Anbaufläche aufgegeben werden, eine bestimmte Menge Hafer abzuliefern, um den Bedarf der Brotgetreidebäcker zu decken, der mindestens noch 700 000 Tonnen beträgt. Durch besondere Strafmaßnahmen soll die Durchführung dieser Bestimmung gesichert werden. Der Gesetzentwurf über die Betriebsführung wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Das Recht, die Verfassung der Bilanz zu verlagern, soll neben den einzelnen Betriebsräten der einzelnen Betriebe auch dem Gesamtbetriebsrat zustehen. Die Verlegung der Bilanzen sowie der Gewinn- und Verlustrechnung kann zum erstenmale verlangt werden für das am 1. 1. 1921 abgelaufene Geschäftsjahr.

Letzte Meldungen.

Die Koffein.

Amsterdam, 9. Dez. (W. B.) Haus Doorn teilt mit: Der Zustand der ehemaligen Kaiserin ist unerträglich. Die Herzschwäche und die dadurch bedingten Störungen verursachen eine häufige Änderung in den äußeren Krankheitserscheinungen.

e. Basel, 10. Dez. (Brio-Teil.) Die Amsterdamer Witter melden aus London: Gestern abend wurde der Zustand der Kaiserin wieder als sehr bedenklich befunden. Die Kaiserin erlitt einen neuen schweren Anfall von Herzschwäche, dem man nur durch eine sofortige Kammererinspritzung befehen konnte. Die künstliche Ernährung wird fortgesetzt, die Verhältnisse aber, daß die Kaiserin die augenblickliche Krise überleben werde.

Verhaftete Getreidehändler.

Berlin, 10. Dez. (W. B.) Wie die Volk. Hg. aus Leipzig meldet, wurden gestern in Leipzig, Dresden und Chemnitz auf Anordnung der Staatsanwaltschaft die Inhaber zahlreicher angeschener Getreidefirmen verhaftet. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft steht im Zusammenhang mit einer Kettenhandelsangelegenheit, in der eine größere sächsische Firma verwickelt ist.

Ausflug zur Gründung einer neuen Internationalen.

Berlin, 10. Dez. (Bon uns. Berl. Büro.) Zu der Gründung einer neuen Internationalen ruft ein Komitee auf, zu dem sich u. a. Friedrich Adler und Otto Bauer, Wien, der deutschböhmische Sozialdemokrat Karl Czerma, Leipzig, Herr Crispian und Ledebour, aus der Schweiz Grim und Graber, Bongust aus Paris, der Poleschewitz Markow und der Engländer Johnson angeschlossen haben. Man erzählt aus dem Ausfluß, daß vom 5. bis 7. Dezember Vertreter der U. S. B. Deutschland, der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, der unabhängigen Arbeiterpartei Belgiens und der Schweizerischen und deutschböhmischen Sozialdemokratie sowie der sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt hat und am 22. Februar nach Wien zu einer internationalen Sozialistenkonferenz einladen mit folgender Tagesordnung: „Der Imperialismus und die soziale Revolution. Methoden und Organisation des Klassenkampfes und der internationale Kampf gegen die Getreideexportation.“ Zugelassen zu dieser Konferenz sind alle sozialistischen Parteien, die aus der zweiten Internationalen ausgeschieden sind und sich auf den Boden der in dem Aufruf dargelegten Grundzüge stellen. Geplant wird ein „Zusammenschluß aller Kräfte des internationalen Proletariats zur gemeinsamen Aktion gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus.“ und schließlich die Bildung einer wirklichen Internationalen.“ Das wäre dann mit Gottes Hilfe die vierte Internationalen.

Zwickau, 9. Dez. (W. B.) Der gestern im Zwickauer Steinbleichen ausgebrochene Streik der Bergarbeiter ist heute so gut wie allgemein. Nur auf einigen Schächten wird noch gearbeitet. Auch im Zwickauer-Oberland sind die Bergarbeiter fast vollständig in den Ausfluß getreten. Die Kohlenarbeiter werden vertrieben. Durch den Ausfluß werden die industriellen Betriebe in Mitteldeutschland gezwungen, da sie von dem Elektrizitätswert in Glatz kein Kraft erhalten können. In Glatz sind die Sitzungen heute nicht erschienen.

e. Koblenz, 10. Dez. (Brio-Teil.) Die Interalliierte Rheinflandkommission hat die Veröffentlichung solcher Artikel im besetzten Gebiet verboten, die sich mit dem deutschen Kinderelend befassen und dieses auf die Forderungen der Entente gegenüber Deutschland zurückzuführen möchten. Zeitungen, die sich hiergegen verweigern, werden bis zu 14 Tagen mindestens verboten und die Verleger mit hohen Geldstrafen belegt.

mit. St. Ingbert, 10. Dez. (Brio-Teil.) Die Ausfuhr von In der H. Hagen und Lullenthaler Maschinenindustrie während nun schon 7 Wochen. Nun wurde den Ausfuhrerinnen mitgeteilt, daß die französischen Konsuln den Ausfuhrerinnen, den Betrieb in St. Ingbert einzustellen und nach Lullenthal zu verlegen. In St. Ingbert soll die schließliche Arbeitszeit eingeschränkt werden und nach St. Ingbert und Lullenthaler Maschinenindustrie den Bergbau werden. Die Arbeiter lehnten erneut die Wiederaufnahme der Arbeit ab.

e. Jülich, 10. Dez. (Brio-Teil.) Der Corriere della Sera berichtet, daß der Fürst von Monaco beschließen habe, die Spiehhöhlen aufzugeben, sobald die wirtschaftlichen Grundlagen des Fürstentums Monaco gründlich umgewandelt sind, was vor allem durch Errichtung von Kurparks und Bädern geschehen soll. Ferner ist geplant, den Hafen von Monaco für die Schweiz auszugeben.

Paris, 9. Dez. (W. B.) Als Vertreter Frankreichs bei der Sachverständigenkonferenz in Brüssel ist Eschbrunn vom Ministerium des Auswärtigen und der Finanzmann Giffen.

Paris, 9. Dez. (W. B.) Nach Bültemeldungen aus London hat das Kriegsgericht den aus London kommenden Rechtsanwalt und ehemaligen Feldwebel Vater Deyer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er während der Besetzung in Belgien der Wäme angeblich Einwohner mitschleifte und geduldet hat. Deyer wurde kurz nach dem Abschluß des Waffenstillstandes verhaftet.

Die neue badische Gemeindeordnung.

Zur dem Gesetzentwurf über die neue badische Gemeindeordnung...

Der Entwurf der Selbstverwaltung der Gemeinden...

Der Bürgermeister soll künftig auf neun Jahre vom Bürger...

Besonders wichtig und in letzter Zeit oft erörtert worden, ist die...

Wirtschaftliche Fragen.

Weihnachtspaketverkehr.

Bei den zum Teil noch bestehenden Verkehrsbehinderungen...

National-Theater Mannheim.

Paul Nikolaus: Der Sieger (Uraufführung).

Kunst und Wissen.

103. Orgelkonzert H. Landmann. Die musikalisch-inter-

rungsgegebenheiten ergeben, läßt es sich nicht umgehen, wie in den...

Kartoffelerzeugung.

Der Bauernverband Unterbaden, der auf gewerkschaftlicher Grundlage...

Städtische Nachrichten.

Linienführung des Redarkanals von Heidelberg nach Mannheim.

Die Linienführung des Redarkanals wird im Laufe des heutigen...

Herr Direktor Dr. Willard

berührte die Erschienenen, bemerkte, daß die Auswertung der Wasser-

Herr Dr. Mayer-Heidelberg

Dozent an der hiesigen Handelshochschule, ist ein Anhänger der...

historischen als musikalischen Wert besitzen Johann Kaspar Kerll's...

Unter Mitwirkung des Herrn Konzertmeisters Müller gelangte...

Der Verein für klassische Kirchenmusik Ludwigshausen a. Rh. pflegt...

103. Orgelkonzert H. Landmann. Die musikalisch-inter-

Moderne Damen- und Kinder-Kleidung FISCHER-RIEGEL

Elegante Pelzmäntel Pelzhaus Kunze

Elegante Damenhüte Hugo Zimmern

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung ENGELHORN & STURM

Denken Sie an Stoffe, so denken Sie an KRAMP

Aparte Damen- und Kinder-Konfektion B. KAUFMANN & CO

Teppiche - Läufer CIOLINA & HAHN

Warenhaus HERM. SCHMOLLER & CO

Blusen - Strickjacken - Modewaren A. Würzweiler Nachf.

Die Etage für Stoffe SAMSON & CO

Spezial-Konfektions-Haus SOPHIE LINK

Elegante Damen-Moden GESCHW. SCHANZE

Manufakturwaren LOUIS LANDAUER

Spezial-Haus in Tuchen und Futterstoffen TUCHHAUS GRÜNE

neumann 372, stellten sich um 4% höher, dagegen Oberbedarf 322, gaben 34% nach. Kleyer sind um 5% besser, 308. Deutsche Petroleum machten bei dem sonst ruhigen Verkehr eine Ausnahme. Der Kurs stellte sich auf 2035 und stieg bis 2070. Südde-Phosphat wurden mit 2025 umgesetzt. Benz-Aktien 287, Bezugsrechte 71% genannt. Julius Sichel 1435. Unter den chemischen Aktien blieben Th. Goldschmidt auf spekulative Käufe stark gesteigert, 640 rationiert, plus 70%. Lackfabrik Schramm konnten sich 9% erholen, 370. Gummiwarenfabrik Peter 435, waren 5% höher. Pinselfabrik Nürnberg gaben bei einigem Angebot 10% auf 350 nach. Metallwaren Dannhorn 209 1/2, blieben behauptet. Scheideanstalt gaben wiederum 8% auf 862 nach, auch Farbwerke Höchst mit 430 1/2 4% schwächer. Hamburg Paketfahrt notierten 195. Metallbank besser, 322. Oester. Creditanstalt büßten 1 1/2% ein, 71 1/2. Mexikaner lagen ruhig, 576 Goldmexikaner 207, gaben 3% nach, 459% Irrig. Anleihe 320, 5% Tehuantepec 325. Zolltürken matt, 95 1/2. 5% Reichsanleihe 77 1/2.

Neueste Drahtberichte.

Berlin, 10. Dezbr. (Eig. Draht.) Aus dem Elektromont-Trust. Nachdem die Schuckert-Gesellschaft und die Eisenkirchener Bergwerks-A.G. als erste ihr Kapital zwecks Beitritt zur Interessengemeinschaft mit dem Elektromont-Trust erhöht hatten, folgt nunmehr die Siemens u. Halske A.-G. mit einer Kapitalerhöhung um 134 Mill. M. Von diesen 134 Mill. M. sollen 130 Mill. M. als 6%ige Vorzugsaktien ausgeben werden. Das gegenwärtige Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 126 Mill. M., sodas nach durchgeführter Erhöhung das Kapital insgesamt 260 Mill. M., davon 139,3 Mill. M. Vorzugsaktien, betragen wird.

Frankfurt, 10. Dez. (Eig. Draht.) Deutsche Petroleum-A.G. Bei der Gesellschaft soll das Kapital gleich demjenigen der Deutschen Erdöl-A.G. auf rund 100 Mill. M. gebracht werden. Die Interessengemeinschaft zwischen den beiden deutschen Gesellschaften ist noch immer nicht abgeschlossen, und auch die holländische Gründung einer Zentralgesellschaft bedarf noch weiterer Verhandlungen. Das Bezugsrecht ist auf 1100-1200 M zu schätzen. Es werden die neuen Aktien nicht mit Pari, sondern mit 200% zum Bezuge angeboten, und zwar auf jede alte Aktie zwei neue. Auch erhalten die neuen Aktien die Dividende ab 1. Okt. 1920, obwohl ihre Einzahlung erst im Januar 1921 erfolgt.

Frankfurt, 10. Dez. (Eig. Draht.) Daimler-Motoren-Gesellschaft, Unterfränkheim. Bei der Gesellschaft soll laut Börsenzeitung der Geschäftsgang weiter abgeflaut sein.

da in den Berliner Betrieben in der letzten Zeit Arbeiter-Entlassungen in größerem Umfange stattgefunden haben.

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 9. Dezember.

Table with 5 columns: Ware, Preis in Mark für 100 Kp., and other details. Includes items like Elektrolytkupfer, Raffinadokupfer, Rohzink, etc.

Kaffee. Der Hamburger Markt lag zu Beginn der neuen Woche ziemlich fest. Das Geschäft war ziemlich lebhaft. Später war eine außerordentliche Zurückhaltung zu beobachten, bis die neue Verfügung der Reichsregierung, die bekanntlich eine weitgehende Lockerung der Einfuhrbeschränkung für Kaffee vorsieht, eintraf. Die von Brasilien herübergelegten Angebote wurden glatt aufgenommen zu 7.60-8.80 das Pfund unverzollt. Auch das Inland stellte größere Ansprüche an den hiesigen Markt, die sich u. a. auch auf Kaffees späterer Lieferung erstreckten. Greifbarer Kaffee war auf der Preisgrundlage von 9.40-9.50 M das Pfund unverzollt für Qualitätsware sehr gesucht. Die neue Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums über die erleichterte Freigabe der Kaffeefuhr hat bereits zu einem wesentlichen Preisrückgang für effektive Waren geführt, doch deckt sich der Konsum nur zögernd ein, da er mit einem weiteren Nachlassen der Preise rechnet.

Schiffsverkehr. Laut Drahtbericht des Kgl. Holl. Lloyd, Amsterdam, ist der Dampfer „Zealandia“ am 10. November von Amsterdam abgegangen und am 6. Dezember nachmittags in New-Orleans angekommen. — Der Dampfer „Finland“ der Red Star-Linie, Antwerpen, ist am 25. November von Antwerpen abgegangen und am 6. Dezember vormittags in New-York angekommen.

Geldhändliches.

Unter dieser Überschrift erscheint im vorliegenden Anzeigenteil ein Inserat der Firma Heinrich Glöck G. m. b. H., Pfaffenstraße 10/11a, nach welchem genannte Firma den Montag nächster Woche ab mit dem Verkauf eines neuen Brennholzes — sog. Holzbröckel — beginnt. Das Holzbröckel bietet vortrefflichen Erfolg für Kacheln und wird besonders für die Heizung von Kachelöfen geeignet. Es hat infolge seiner harten Beschaffenheit bei intensiver Hitzeentwicklung eine

Brenndauer von 1/2 Stunde. Das Weisse hinterläßt keinerlei Rückstände und wird infolge seiner großen Dichtigkeit bald in allen Heizanlagen begehrt sein.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember

Table with 10 columns: Station, Datum, and water level observations for various stations like Substanzinsel, Kehl, etc.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

- 11. Dezember: Trübe, neblig, frostig.
12. Dezember: Wolfig, Niederschlag, neblig Windig.
13. Dezember: Heilig, Niederschlag, neblig regig, Nebel.
14. Dezember: Niederschlag, wolfig, neblig frostig.
15. Dezember: Weniger Niederschlag, sonst kaum verändert.
16. Dezember: Veränderlich, kalt.
17. Dezember: Trübe, teils Niederschlag, Stürmisch.
18. Dezember: Heilig, windig, wolfig.

Witterungsbericht.

Table with 7 columns: Datum, Temperatur, Luftdruck, Niederschlag, etc., for dates from 4. December to 9. December.

Querschriftleitung: Dr. Fritz Goldenbaum.

Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Justiz: Albert K. Wobers; für Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Richard Schindler; für Handel: Dr. R. Reppel; für Anzeigen: Karl Kögel. Druck und Verlag: Ludw. Dr. Koch, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, F. R. G.

Am Sonntag den 12. und 19. Dezember 1920 sind die hiesigen Ladengeschäfte von 1-6 Uhr nachmittags geöffnet. Ein gutes Geschäft des Mannheimer General-Anzeigers.

Danksagung. Für die überaus zahlreichen Beweise insofern Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres unvergesslichen Herrn Gustav Kaufmann sagen wir Allen nur auf diesem Wege herzlichsten Dank. MANNHEIM (Lamoystr. 11), 9. Dez. 1920. Anna Kaufmann geb. Seligmann und Kinder, Leo Kaufmann, Dalsburg.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter Franziska Schmieder Wwe. gestorben im Alter von 73 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen. Mannheimer F. 3, 20 den 10. Dez. 1920 und Nürnberg. Die Beerdigung findet Samstag nachm. 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Vornehme Weihnachtsgeschenke in aparten. Schleier, Paradies- u. Kronen-Reiher, Marabu-Kragen Straussboas. Alfred Joos, Mannheim, Q7, 20. Telefon 5080.

LEBENSMITTEL. Käse-Fette-Wurst, Aus großer Jagd, Zur Weihnachtsbäckerei, Weine, Konfitüren im Parierre.

SCHMOLLER. Amliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde. Habe einen größeren Posten schöne süße Barimandeln hereinbekommen und gebe solche, um mein Geld bald wieder zu sehen zu Mk. 21.- per Pfund ab. B. Malmsheimer, Ludwigshafen a. Rh. Phonola-Rollen Baitsch, Q 3, 18.

Heute! Ende 1 Uhr! Heute!

Festprogramm der O.W.O.

Café Börse | **Weinhaus Börse**

Konzert der verstärkten Kapelle mit auserwählter Vortragsfolge unter Leitung des Kapellmeisters **Hermann**.

Tanzdielei:
TANZ.

11 Gustl Schneider 11 | **11 Das blonde Gift 11**
Der Liebling der modernen Welt.

Hans Wolf
Die bayerische Type.

Lene Kamuf
Die temperamentvolle Vortragskünstlerin. 518

Curt Tiefs's
Recitator und Chansonier.

Im Sinne des wohlthätigen Zweckes des Abends muß sich jeder Deutsche verpflichtet fühlen, die Veranstaltung durch seinen Besuch zu unterstützen.



Heute und folgende Tage:
Der 3. Gloria-Film:
Herztrumpf
Ein Kriminalroman in 6 Akten.
Leo Peukert
im 2-Akter-Lustspiel zum Totlachen.
Samstag 8 Uhr: 5238
3. Kinder-Vorstellung.

U 1.6 Volks-Theater Tel. 409

Programm vom 10.-13. Dezember
Das aktuellste Filmwerk der Gegenwart.

Der Doppelmord v. Sarajewo.

Die Schall am Weltkrieg, 6 äußerst spannende Akte.
Fern: Das reizende Lustspiel: 5250

ER, SIE UND DER DACKEL.

Keine Brennstoffnot mehr!

Ab Montag nächster Woche beginnen wir mit dem Verkauf von markenfreien

Holz-Briketts

zum Preise von **Mk. 23.- pro Zentner** ab unserem Lager
bzw. zu **„ 25.50 „** „ frei Keller.

Die Holzbricketts haben den Vorzug, daß sie bei intensiver Hitze infolge ihrer harten Pressung sehr lange im Feuer halten und keinerlei Rückstände hinterlassen.
Ein einmaliger Versuch führt zu dauerndem Bezug.

Heinrich Glock G. m. b. H., Mannheim
Hafenstrasse 13/15 - Telefon 1155 u. 1157

Schwimmverein Mannheim e.V.

Samstag, 11. Dezember 1920, abends 7/8 Uhr
im Nibelungensaal des Rosengarten

WINTERFEST

mit TANZ

MITWIRKENDE: 1406

Alfred Landory, Opernsänger
Aennie Haens, Ballettmeisterin
vom Nationaltheater Mannheim.

Schwarzwälder Liedergruppe
Mitglieder des Mannh. Nationaltheaters. Leitung Franz Bartenstein
Am Flügel: Curt Waller, Mannheim
Musik: Kapelle Petermann. Leitung: Kapellmeister L. Becker
Tanzleitung: Tanzlehrer Otto Hetzel

Es nicht Mühl! M. 3, Gäste M. 5 (ohne Steuer) Einführung gestattet
Wirtschaftsbetrieb. 1-2 Bierauschank.

Karten sind zu haben in der Geschäftsstelle P. S. 14 (Zugbrück),
Zigarrenhaus Strauß, E. 1. 18 und Stollwangenstraße H. Hoffmann, E. 1. 2.

Preiswerte Lebensmittel

Schweineschmalz garantiert rein Pfd. 21.00	Makharoni Pfd. 9.50
Süß-Margarine 1 Pfund-Würfel 15.00	Gemüse-Modeln . . . Pfd. 9.25
Gez. Vollmilch . . . Dose 12.00	Goldber Maisgrieß . Pfd. 3.50
Klebehonig rein 1 Pfd.-Gl. 19.50	Weißer Guleb . . . Pfd. 4.50
Brot-Backlinge . . . Pfd. 6.50	Camembert
	Stück 3.50 und 3.00

1a. Vollreis Pfund **5.50** u. **5.20**

Rotwurst gut gewaschen, 1/4 Pfd. 5.50	Kalbshühnwurst 1/4 Pfd. 6.50
Wurstfleisch oder Kassler . . . 1/4 Pfd. 14.00	Göttinger . . . 1/4 Pfd. 6.50
Edel-Marmelade 1 Pfd. Dose 7.25	Feinste Cervelatwurst 1/4 Pfd. 8.00
	Wiener Würstchen in Dosen 2 Paar 4.00

Feinste Lebkuchen
(garantiert 50 Prozent Honig)

Liköre :: Weine :: Zigarren
sämtl. Backartikel vorrätig. 14112

Lebensmittel-Centrale
n 3.19/20 Dekar & Co. n 3.19/20
(Jungbunzstrasse)

Drucksachen für die gesamte Industrie liefert prompt
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H.

Beliebtes
Weihnachtsgeschenk



Warenhaus
KANDER
Mannheim

Sicherheits-Füllfederhalter
mit 14 kar. Goldfeder, beste Verarbeitung
Garantie für jeden Halbes **49.50**

Füllfederhalter **95** Pl.
15.50, 5.50, 3.75

Verkauf in der Schreibwaren-Abteilung!

Terrassen-Restaurant.
Heute und morgen:
Großes Schlachtfest
in allbekanntester Güte mit prima Pfälzer Alten und Neuen
wogu höflichst einladet
A. Zülhardt. 14072

Zum Kaufhaus für Herrenbekleidung Mannheim
Jakob Ringel
Pflanzl. 03. 40. 11 (Tippel)
leben sie Kollmannstraße
Dort sparen Sie beim Einkauf
Viel Geld

Uster Paleot Anzüge Joppen Hosen Westen
Der Weg lohnt!

Sonntag ist das Geschäft geöffnet.

Metzgerei L. Mannheimer
H 7. 38
empfehl
Telephon 2502 9550

Ochsenfleisch per Pfd. 12 M.
Kuhfleisch per Pfd. 10 M.

Ferner gute Wurstwaren zu billigsten Preisen.

Sonder-Angebot!
Ca. 10 000 Meter
Prima Perkal u. Zefir
In den neuesten Mustern und Farb-
stellungen. geeignet für Oberhemden
u. Blusen etc. Nr. 24.75, 22.50. **19** Mk.

S. Wronker & Co.
MANNHEIM.

Verkäufe

Photo-Filmcarotte
6x9 billig zu verkaufen.
Kugel Bodenbelag Nr. 2
2 St. rechts. *3475

Goldene Uhr
mit Sprungboden u. vert.
Hoffmann, Weipolstr. 10.

Reise-Schreibmaschine
mit schreibbarer Schrift u.
poliert. Holzstoffs, preis-
wert abgegeben. *5400
Brennweg, Siehstr. 10.
Guten abg. gold.

Salon-Spiegel
Gr. 1x1.85 m zu vert.
zu verkaufen in der Ge-
schäftsstelle. *2487

Poppenküche, Poppenbrot
(3 St.), Poppenbrot, Zimm-
schüssel, alles noch gut er-
halten. Nr. 1, 1/4-1/2 *2000

Gelogenheitskauf!
Neuer Digi. -Schreib-
maschinenhalter preiswert
zu verkaufen. Ansuchen
nach 4 Uhr nachm. Ober-
leitstr. 46, VI. L. 0004

Ein Kasper-Theater
1 Rechenmaschine,
1 Schuhschuh u. Schuh,
1 Petrol-Öllampe,
1 or. Käsebrot,
1 Paar geb. u. un-
geb. Schuhe, Gr. 4,
1 Geschirrschrank,
1 Uhr, 1 Uhr, 1 Uhr,
zu verkaufen. *5500
Anw. u. 8-8 Uhr an.
F. 4. 6. 1 Zrepp.

1 Eisenbahn
1 Nichtarmierte zu vert.
in Badenbad. R 7. 3.
3. Stock links. *3500

Verloren.
Entlaufen
Hund
Dobromann mittelbl.
(3-4 Monate alt); chyp-
rotter beha. Oberkörper
Gesicht-Engländer. *3541

**Gebrüder
Rothschild
K 1, 1-2**

Sonntag, den 12. und 19. Dezember
von 1 Uhr bis 6 Uhr geöffnet.

Herrn-Konfektion

Eigene Fabrikation!
Höchste Leistungsfähigkeit!

- Eleg. Herren-Uster 315.-
575.- 4.0.-
- Eleg. Herren-Schulter 675.-
810.- 7.0.-
- Eleg. Herren-Anzüge 425.-
800.- 675.-
- Sol. Knaben-Anzüge 85.-
200.- 175.-
- Herrn-Hosen, Fantasiewesten
Konfirmanden-Anzüge
blau und schwarz
grosse Auswahl, sehr preiswert.

Damen-Konfektion

Preisweises
Weihnachts-Angebot!

- Winter-Mäntel 198.-
warme Stoffe
498.- 375.- 238.-
- Moderne Kostüme 398.-
680.- 490.-
- Warme Blusen 37.-
69.- 12.-
- Belle u. Seidene Blusen 89.-
149.- 110.-
- Kinder-Mäntel u. -Kleider
Tafelkleider :: Ball- und
Tanzstundenkleider
stets grosse Auswahl.

Manufakturwaren

Für den
Weihnachts-Bedarf!

- Kauskleiders.off 17.50
schwarze Stoffe
- Reinw. Chocot 59.50
100 cm breit
- Cover-Cout 31.50
100 cm breit
- Hemden-Flanell 13.75
gestr. Baumwolle
- Grav. Fancy 15.75
halbb. Ware
- Velour 19.50
schöne Dessins
- Baum-Kleiderstoff 19.50
weil. kariert
- Katun 15.75
für Hemden u. Blusen
- Reinw. L. Serges, Gabardines
grosse Auswahl
sehr preiswert

Trikotagen

Passende
Weihnachts-Geschenke

- Normalhemden 46.00
woll. gem.
- Normalhosen 43.90
woll. gemischt
- Herrenhose 19.50
gute Qual.
- Kerrenhose 12.20
grau
- Einsatzhemd 42.90
manch. farbig
- Einärmhemd 55.00
gute Qualität
- Herrn-Bandschuh 9.50
verschieb. Farben u. Spritz
- Damen-Strümpfe 8.75
verschieb. Farben u. Spritz
- Damen-Strümpfe 27.50
reine Wolle, gewebt

**Auch der billige Mantel
muß gut sein**

Wir hatten Gelegenheit in Gemeinschaft mit unseren Schwesterfirmen bei ersten Berliner Konfektionshäusern grosse Posten warmer Damenmäntel aus vorzüglichen Stoffen gearbeitet, billig zu erwerben. Wir bringen diese Mäntel ab heute zu nachstehenden Preisen zum Verkauf. Es ist nicht möglich im Rahmen eines Inserates diese Mäntel genau zu beschreiben, wir bitten deshalb um zwanglose Besichtigung

Die Mäntel bewegen sich in den Preislagen von

110.- bis 495.- Mk.

aus guten bis allerbesten Stoffen.

Hervorragend billiges Weihnachts-Angebot in

Kleider-Stoffen

- | | | | |
|---|---|---|---|
| Reinwollene
Cheviots 58 ⁰⁰
<small>doppeltbr., schwarz
und farbig
Meter</small> | Kostüme Stoffe 37 ⁰⁰
<small>130 cm breit
Meter</small> | Herrnstoffe 45 ⁰⁰
<small>140 cm breit, dunkel
rot u. mittelaltig
Meter 50.-</small> | Schotten 22 ⁵⁰
<small>doppeltbr. in
schönen Farben
stellungen
Meter 29.50</small> |
| Waschstoffe 12 ⁵⁰
<small>In Mousseline und
Satin, bedruckt
schöne Blumen- u.
Streifenmuster
Meter</small> | Voiles 36 ⁰⁰
<small>mit Seidenstreifen,
schwarz u. farbig
Meter</small> | Schwarz-weiss-
karierte
Kleiderstoffe 34 ⁵⁰
<small>doppeltbr., vor-
zügliche Qualität
Meter</small> | Gemusterte
Voiles 15 ⁷⁵
<small>doppeltbr. in gut.
Qualitäten
Meter</small> |

SCHMOLLER

Metzgerei Sieber, 03, 19

bringt diese Woche folgendes zum Verkauf:
Prima erstklassiges
Ochsen- u. Rindfleisch 11.00
fettes Hammelfleisch 11.12
Kalbfleisch 14.00
samtliche gute Würstwaren
zu den billigsten Preisen. 12074

Otto Aron & Co. Mannheim

**Fabrik-Schrott (Alto'son), Guß, Späne
Metalle, Rohprodukten Jede Art**
Prompte Abholung, da eigenes Fuhrwerk

**Linoleum-Teppiche
prakt. Weihnachts-Geschenke**

sehr preiswert.
M. Schürck, F 2, 9 a. Markt
Telephon 3024.
Teilhaber

Privat-Tanzschule Pfirrmann

Speisenstr. 5. Telephon 3008
Meine Winterankurse im Hall-
hause beginnen Anfang Januar.
Nur Damen und Herrn aus guten Kreisen.
Trauringe
Mod. Schmuck
All Gold and Silver
Presen angekauft.
Ludwig Gross, F 2, 4a, Marktstraße